

Gemeinsamer Markt des Südens

von Mario Rapoport und Andrés Musacchio

Es gibt deutliche Anzeichen für die Wiederbelebung des Mercosur. Brasilien und Argentinien, die Kernländer der Wirtschaftsgemeinschaft, kommen sich politisch näher, Venezuela ist bereits beigetreten, der Beitritt Boliviens steht bevor. Die Perspektive des Mercosur betrifft die Zukunft Südamerikas, denn eine isolierte Entwicklung ist für keinen Staat mehr denkbar.

Der Prozess der Annäherung zwischen Argentinien und Brasilien, der ursprünglich die Kooperation im Produktionssektor verstärken sollte, reduzierte sich in den 1990er-Jahren fast ausschließlich auf Handelsvereinbarungen. Diese regionale Handelspolitik war, zusammen mit der eher lustlos betriebenen Integration in den Globalisierungsprozess, die ideologische Antwort auf den so genannten Washington-Konsens und seine Postulate. Zwar expandierte das regionale Handelsnetzwerk, dem sich auch Paraguay und Uruguay sofort anschlossen, schneller als der Austausch mit dem Rest der Welt, doch das allein reichte nicht, um einen autarken Entwicklungsraum entstehen zu lassen. Darüber hinaus waren die Protagonisten der regionalen Integration

häufig multinationale Unternehmen, die eine Deregulierung der Märkte anstrebten.

Mit der Abwertung der brasilianischen Währung 1999 verlor die südamerikanische Integration viel von ihrer Dynamik. Die Widersprüche des neoliberalen Modells, das sich seit Beginn der 1990er-Jahre zunehmend durchsetzte, traten in den Vordergrund. Argentinien, das am System konvertibler Währungen festhielt, spürte die massiven Folgen besonders. Die argentinische Krise, die im Dezember 2001 einsetzte, schwächte die ohnehin fragilen Handelsbeziehungen weiter und verlangsamte die Integration der Länder der Region in die Weltwirtschaft.

Mit der Währungs- und der Rezession in den betroffenen Volkswirtschaften schrumpfte der regionale Handel relativ und absolut: 2002 machte der Absatz argentinischer Waren in Brasilien weniger als 20 Prozent des Gesamtexportvolumens aus; einige Jahre zuvor hatte dieser Anteil noch bei 30 Prozent gelegen. Auf brasilianischer Seite war der Einbruch noch drastischer: 2003 sank der Anteil brasilianischer Importwaren in Argentinien von 11 Prozent auf unter 5 Prozent.

Seit 2002 sind dagegen verstärkte argentinische Exporte in andere Regionen und Handelsbilanzüberschüsse gegenüber den Nafta-Staaten (Kanada, USA und Mexiko) und der EU zu erkennen. Innerhalb des Mercosur dagegen verzeichnete Argentinien, nach zehn Jahren kontinuierlicher Überschüsse, 2004 ein erhebliches Handelsbilanzdefizit, das sich im Jahr 2005 noch vergrößert

hat. Analysten und Vertreter der Wirtschaft sprachen von einer Invasion brasilianischer Produkte mit negativen Folgen für die Wirtschaft und forderten angesichts dieses angeblich illoyalen Verhaltens gewisse Importrestriktionen gegenüber dem wichtigsten Mercosur-Partner.

Altruismus ist schön, reicht aber nicht aus

Die Krise des Mercosur kam nicht überraschend. Integrationsprozesse sind kein Selbstzweck, sie können nur Instrumente der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sein. Die konkreten Ziele und Methoden müssen dem entsprechen. Mit dem Scheitern des neoliberalen Modells liefen die Anstrengungen des Mercosur ins Leere. Denn letztlich war weder seine Funktion klar noch die Rolle, die er spielen könnte.

Das Bild schien sich erst zu ändern, als in Brasilien Luiz Inácio „Lula“ da Silva und in Argentinien Néstor Kirchner die Regierung übernahmen. Samuel Pinheiro Guimarães, einer der wichtigsten Männer hinter den Kulissen der brasilianischen Außenpolitik, erklärte die „Bildung eines nicht hegemonialen Pols in Südamerika, im engen Bündnis mit Argentinien“ zu einer Priorität seiner Regierung. Ähnlich äußerte sich Präsident Néstor Kirchner in seiner ersten Regierungserklärung. Die damit verbundenen Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht so schnell wie erwartet.

Derart privilegierte Beziehungen entspringen nicht reinem Altruismus

oder „nachbarschaftlicher Solidarität“. Integration ist undenkbar ohne Wachstumsimpulse, ohne Diversifizierung der beteiligten Volkswirtschaften, ohne soziale Gerechtigkeit in der Region und in den Partnerländern. Sie ist Teil eines Prozesses, der die Entwicklung neuer und gemeinsamer Formen, Instrumente und Institutionen ermöglicht. Mit Verweis auf die massiven Handelsungleichgewichte sagt der Argentinier Eduardo Sigal: „Was die gemeinsamen Außenzölle angeht, waren wir großzügig, aber ein gemeinsames Zollgesetz existiert immer noch nicht. Wir haben uns daher für die Jahre 2004 bis 2006 ein Umbauprogramm vorgenommen.“²

Ein neues Modell für die Integration ist also noch nicht in Sicht. Dennoch ist in jüngster Zeit eine Annäherung zwischen verschiedenen Ländern der Region in Gang gekommen. Damit ist ein Aufschwung des Mercosur denkbar geworden. Zwei Faktoren spielen hier eine besondere Rolle. Zum einen ist die politische Nähe ein wichtiges Element, das zu einer inhaltlichen Neuorientierung der regionalen Integration beiträgt. Zwischen Argentinien und Brasilien ist ein neues Streben nach Harmonisierung zu beobachten. Das zeigt sich v. a. in der Abstimmung der Positionen auf internationalen Foren, etwa in Bezug auf das Projekt der FTAA³ beim Gipfel der Staatspräsidenten in Mar del Plata oder bei der Entwicklung gemeinsamer Strategien und Perspektiven, zum Beispiel im Hinblick auf die vorzeitige Tilgung der Schulden beim IWF.

Die politische Annäherung innerhalb der Region manifestiert sich auch

in der geografischen Erweiterung. Zwar ist man sich nicht in allem einig, doch die Wahl des uruguayischen Präsidenten Tabaré Vázquez, der Sieg von Evo Morales in Bolivien – hier wird logischerweise eine Annäherung an den Mercosur erwartet – sowie die Aufnahme von Venezuela unter Hugo Chávez zeigen, dass der Mercosur Schritt für Schritt wächst. Hier baut sich ein Gegenruck gegen die FTAA auf, gegen den heftigen Wind, der den lateinamerikanischen Ländern aus dem Norden entgegenbläst.

Zur politischen Initiative kommt die vorsichtige, aber effektive Neuausrichtung der Wirtschaft. Trotz nach wie vor bestehender Probleme bestimmen heute neue Prioritäten die regionale Agenda. Ein zentraler Aspekt ist die Energiefrage: Venezuela hat mit Argentinien ein Abkommen über den Bau einer Gasleitung unterzeichnet und mit Brasilien die Errichtung einer neuen Erdölraffinerie vereinbart.

Dieser Umbruch kann die Grundlage für die Lösung von Problemen schaffen, die alle Länder der Region, wenn auch in unterschiedlichem Maße, betreffen. Die Grafik (Tabelle 1) illustriert die Situation in den Mitgliedsländern und bei den Beitrittskandidaten. Die Unterschiede sind klar zu sehen, auch in den Daten für 2005 (Tabelle 2). Erkennbar werden auch die in allen Staaten vorhandenen Defizite. Und damit die Notwendigkeit, die produktive Basis zu erweitern, die Einkommensverteilung grundlegend zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen, nationale und regionale Ungleichgewichte zu über-

Ärzte für Öl

In Südamerika gibt es neuerdings zwei Integrationsmodelle: den Mercosur und die Solidaritätsachse Kuba-Venezuela

von Emir Sader

Lateinamerika nimmt unter den Weltregionen, die unter der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu leiden haben, einen besonderen Platz ein. Keiner der regionalen Integrationspläne, die auf dem Subkontinent entwickelt wurden, konnte die destruktiven Folgen dieser Politik verhindern. So erleichterte die Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte die Kontrolle der US-amerikanischen und europäischen multinationalen Konzerne über die Binnenmärkte der lateinamerikanischen Länder. Damit verstärkte sich die Abhängigkeit der einzelnen Volkswirtschaften von den ausländischen Märkten.

Während die Länder Westeuropas und Nordamerikas ihre regionale Integration vorantreiben, wurden ähnliche Pläne auch in Südamerika entwickelt. Mit ihnen verfolgte man das Ziel, die Volkswirtschaften der Region wenigstens minimal vor den negativen Konsequenzen der Globalisierung zu schützen. Dabei standen sich in den 1980er- und 1990er-Jahren zwei antagonistische Projekte gegenüber: auf der einen Seite der Gemeinsame Markt des Südens (Mercosur), dem anfangs nur Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehörten,¹ auf der anderen Seite das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta), zu dem sich die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko zusammenschlossen.

Washington hatte den Ehrgeiz, die Nafta schrittweise auch auf die übrigen Länder des Kontinents auszuweiten. Doch genau als diese Initiative anließ und Chile bereits als nächster Beitrittskandidat präsentiert wurde, kam die mexikanische Pesokrise von 1994. Sie veranlasste den Kongress in Washington, US-Präsident Clinton das Instru-

ment wegzunehmen, von dem dessen Vorgänger immer wieder Gebrauch gemacht hatten: das als *fast track* bekannte parlamentarische Schnellverfahren. Es ermächtigte die US-Präsidenten, internationale Handelsabkommen auszuhandeln, die der Kongress nur noch annehmen oder ablehnen, aber nicht mehr ändern konnte.

Damit war die Clinton-Administration gezwungen, einen älteren Plan aus der Schublade zu holen: das Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA). Es standen sich also zwei Projekte gegenüber: mit dem Mercosur ein exklusiv lateinamerikanisches und mit der FTAA eines, das beide Subkontinente umfasst, in dem die Vereinigten Staaten aber eine dominierende Rolle spielen. Auf die USA entfallen 70 Prozent des Sozialprodukts aller potenziellen FTAA-Mitglieder.

Nach dem Linksruck neue Konzepte für den Kontinent

Doch dann setzte eine Entwicklung ein, die für Lateinamerika eine völlig veränderte Ausgangssituation schuf. Venezuela schlug unter Hugo Chávez ab 1999 eine neue ideologische Richtung ein, in Brasilien kam Anfang 2003 Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva an die Macht, kurz darauf Néstor Kirchner in Buenos Aires und wenig später Tabaré Vázquez in Montevideo.

Nach dem Scheitern des Referendums über die Amtsenthebung von Hugo Chávez am 15. August 2004 trieb dieser den lateinamerikanischen Einigungsprozess voran. Als wichtigstes Mittel dient dabei der Koordinationsrat mit den Staatspräsidenten Argentinien und Brasiliens, in dem also die drei

führenden Volkswirtschaften Südamerikas vertreten sind. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Treffen der Minister für Energie, Soziales und Wirtschaft. Zudem wurden etliche Handels-, Energie- und Militärabkommen unterzeichnet. Zum Beispiel erklärte Chávez 2004 gegenüber Argentinien und Brasilien, dass Venezuela künftig ein Viertel der Güter und Dienstleistungen im Wert von jährlich 5 Milliarden Dollar, die das Land bislang aus den Vereinigten Staaten importiert hatte, von seinen beiden lateinamerikanischen Partnern beziehen werde.

Ende 2005 trat Venezuela dem Mercosur als Vollmitglied bei. Und nach der Wahl von Evo Morales zum Staatspräsidenten Boliviens verkündete Cacho Alvarez, der argentinische Generalsekretär des Mercosur, er werde vorschlagen, Bolivien zu den gleichen Konditionen aufzunehmen. Damit war der erste Schritt getan, der den Gegensatz zwischen dem Mercosur und der am 8. Dezember 2004 auf Initiative Brasiliens gegründeten „Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen“ auflösen könnte. Dieser Gemeinschaft begegnet Argentinien Präsident Kirchner aber mit Vorbehalt. Er denkt eher an eine Ausweitung des Mercosur.²

Der venezolanische Präsident setzt dagegen stärker auf die „Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen“. Beim Gründungsgipfel im peruanischen Cuzco hatte Chávez die neue Organisation auf seine lyrische Art als Zug des Fortschritts gefeiert. Dabei fügte er die Politik als Lokomotive, das Soziale als Banner, die Wirtschaft als das Gleis und die Kultur als Brennstoff. Von Caracas wurden zugleich zahlreiche Initiativen gestartet, die sich zu einem strategischen Bündnis mit Kuba fügen, das



Castros Gesicht auf venezolanischem Geld LESLIE MAZUCH/AP

den Titel „Bolivarianische Alternative für Amerika“ trägt. Die Abkürzung lautet Alba, auf Spanisch „Morgenröte“.

In dem Gründungsdokument, das im April 2005 in Havanna unterzeichnet wurde, beschlossen die Regierungen Kubas und Venezuelas eine verstärkte Zusammenarbeit auf der Grundlage politischer Gemeinsamkeiten. Zuvor hatte Chávez schon auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar 2005 verkündet, dies sei ein Projekt für den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Die Alba will wirtschaftliche Integration – im genauen Gegensatz zum neoliberalen Freihandelskonzept – nicht über „komparative Kostenvorteile“ erreichen, sondern durch „kooperative Nutzenvorteile“. Gerade diese sollen für den Abbau der Ungleichgewichte zwischen den Ländern der Region sorgen. Dabei sollen die Unterschiede im

Entwicklungsniveau durch bestimmte Ausgleichsmechanismen überwunden werden.

Die Alba versteht sich als Gegenprojekt zur Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA). An diesem Projekt sollen alle wirtschaftlichen und sozialen Akteure – Genossenschaften, staats-eigene Unternehmen sowie private Klein-, Mittel- und Großbetriebe – teilhaben und dazu beitragen, die dringendsten Probleme der Bevölkerung in den Bereichen Ernährung, Wohnungsbau, industrieller Aufbau und Umweltschutz zu bewältigen. Im Gegensatz dazu unterscheidet das Freihandelsabkommen in keiner Weise zwischen kleinen und großen Nationen, zwischen ressourcenarmen Ländern und solchen, die über große natürliche, finanzielle oder Energieressourcen verfügen. Deshalb werden innerhalb der Dynamik

Basisindikatoren 2004

	BIP in Mio. \$	Wachstumsrate des BIP in %	BIP pro Kopf in \$	ausl. Direktinvestitionen in Mio. \$	Inflationsrate in %	Sollzinsen in %
Argentinien	153.014	9,0	4.002,9	3923	6,1	6,8
Brasilien	603.973	4,9	3.263,9	8695	7,6	41,1
Uruguay	13.214	12,3	3.850,0	300	7,6	50,3
Paraguay	6.868	4,0	1.131,9	64	2,8	21,2
Venezuela	109.764	17,9	4.201,5	1866	19,2	17,1
Bolivien	8.773	3,6	950,8	114	4,6	8,2

Quelle: CEPAL

Daten für 2005

	Wachstumsrate des BIP in %	Inflationsrate in %
Argentinien	8,7	12,3
Brasilien	2,5	5,7
Uruguay	6,0	5,2
Paraguay	3,0	4,8
Venezuela	7,8 (IWF) 9,0 (Cepal)	16,6
Bolivien	3,9	5,5

Quelle: CEPAL, IWF

winden und Infrastrukturlücken zu schließen. Unvermeidlich ist auch die Regulierung der Kapitalströme aus den Ländern außerhalb der Region, d. h. die Förderung ausländischer Investitionen. Aus ökonomischer Sicht beruhen der Umbau der nationalen und die mögliche Entwicklung einer regionalen Produktion auf einem zentralen Projekt: der Aufwertung des industriellen Sektors. Denn vor allem hier können sich neue Produktionstechniken entwickeln und neue Arbeitsplätze entstehen, lassen sich Überschüsse aus dem Akkumulationsprozess erwirtschaften.

Eine Förderung der Reindustrialisierung ist ohne gemeinsame politische Anstrengungen nicht möglich. Ein Beispiel wäre die Koordination von Forschung und Technologien, ein zweites die Realisierung der Idee regionaler Produktionsketten. Das eine Projekt könnte die Entwicklungsparameter qualitativ verändern, das andere könnte dazu beitragen, die Industriekonzerne der einzelnen Ländern mit ins Boot zu bringen. Hilfreich wäre auch eine regionale Handelspolitik mit eigenen nationalen Komponenten oder eine Anhebung der

Außenzölle bis zum von der WTO erlaubten Limit. Integration kann es nur geben, wenn die physischen Barrieren fallen. Damit stehen die Themen Verkehr und Kommunikation auf der Prioritätenliste ebenfalls ganz weit oben. Die Energiekrise Argentinien und Brasiliens macht eine bessere Ausnutzung traditioneller Energiequellen nötig (weshalb die Aufnahme Venezuelas und Boliviens von größter Bedeutung ist), ohne dass man darüber die Nutzung neuer Energiequellen vernachlässigt. Dieser Prozess muss makroökonomisch koordiniert werden und klare

Richtlinien für regionale Aktionsstrategien beinhalten. Der Aufbau einer regionalen Entwicklungsbank und höhere Steuereinnahmen sollten Infrastrukturmaßnahmen ermöglichen, die unabhängig von den Gutachten der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und der Weltbank realisiert werden könnten. Schließlich erfordert eine engere ökonomische Integration einen umfassenden Binnenkonsens über weitreichende Fragen. Der aber ist nur dann denkbar, wenn die soziale Ungleichheit schnell und entschlossen beseitigt wird

und eine politische Partizipation der Zivilgesellschaft gewährleistet ist. Von größter Bedeutung sind daher die Koordination der Sozialpolitik und die Schaffung repräsentativer Institutionen, beispielsweise eines gemeinsamen Parlaments.

Der brasilianische Wirtschaftswissenschaftler Helio Jaguaribe fasst die Lage treffend zusammen, wenn er sagt: „Ich bin überzeugt, dass sich die Länder Südamerikas [...] nicht länger isoliert voneinander entwickeln können. Wenn wir isoliert agieren, werden wir in kurzer Zeit zu gleichförmigen Segmenten des internationalen Marktes und letztlich zu Provinzen des US-amerikanischen Imperiums.“⁴

¹ Samuel Pinheiro Guimarães, „Reflexiones sudamericanas“, Vorwort zu Luiz A. Moniz Bandeira, „Argentina, Brasil y Estados Unidos. De la Triple Alianza al Mercosur“, Buenos Aires (Ed. Norma) 2004, S. 28. Pinheiro Guimarães ist Generalsekretär des brasilianischen Außenministeriums. Der Text wurde vor längerer Zeit in Brasilien veröffentlicht.
² Eduardo Sigal in *Onda Digital*, N° 263, 22. bis 28. November 2005.
³ FTAA (Free Trade Area of the Americas), auf Spanisch: ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas), gesamtamerikanische Freihandelszone.
⁴ Helio Jaguaribe, „Diario Hoy“, La Plata, 21. 10. 05
Le Monde diplomatique, Ed. Cono Sur (Buenos Aires)

Aus dem Spanischen von Lilian-Astrid Geese
Mario Rapoport ist Leiter des Forschungsinstituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Buenos Aires (UBA) und Mitarbeiter beim Nationalen Rat für Wissenschafts- und Technikforschung Conicet. Andrés Musacchio leitet das Zentrum für Internationale und Lateinamerikastudien der UBA.

dieses Modells die Stärksten am meisten profitieren – konkret die Vereinigten Staaten. Zudem will die FTAA vor allem einen gesicherten Rechtsrahmen für die transnationalen Konzerne schaffen, ohne sich im Geringsten um die schwächeren Länder zu kümmern. Die Alba sieht keine Subventionen vor, vielmehr werden Anspruchsberechtigte mit Krediten, Ausrüstungsgütern und Technologie gefördert. Zu ihnen gehören Unternehmen, die von ihren Eigentümern aufgegeben und von den Beschäftigten übernommen wurden, Genossenschaften und Kooperativen von Kleinproduzenten in Industrie, Handel und Dienstleistungssektor sowie öffentliche Unternehmen. Im Rahmen der Alba hilft der Staat mit Krediten, technischer Unterstützung, rechtlicher Beratung und Hilfestellung hinsichtlich Marketing und Exportmöglichkeiten. Das ist das genaue Gegenteil zu den Prinzipien der FTAA, die den marktbeherrschenden Kräften und wirtschaftlichen Großakteuren völlig freie Hand lässt. Im April 2005 unterzeichneten Caracas und Havanna Dutzende von Einzelabkommen, die auf einem „strategischen Plan“ basieren.³ Zugleich beschloss die venezolanische Regierung die Einrichtung von 600 integrierten Diagnosezentren, 600 Ambulanzen und 35 Hightech-Zentren, um der gesamten Bevölkerung kostenlosen Zugang zu Gesundheits- und Pflegedienstleistungen zu ermöglichen. Zudem sollen in Kuba 4000 Ärzte, 5000 Spezialisten für lateinamerikanische Heilverfahren sowie 10000 venezolanische Ärzte und Krankenpfleger ausgebildet werden. Im Rahmen der „Operation Wunder“ erlangten dank eines harmlosen Eingriffs bereits über 100000 an grauem Star erkrankte

Venezolaner ihre volle Sehkraft zurück. Die Katarakt-Operationen wurden in Kuba durchgeführt. Auch wurden in Havanna ein Büro der staatseigenen venezolanischen Ölgesellschaft PDVSA und eine Niederlassung der Banco Industrial de Venezuela eröffnet. Im bilateralen Handel gelten ab sofort Präferenzzölle. Kuba will aus Venezuela künftig Erzeugnisse im Wert von 412 Millionen Dollar einführen, was in Venezuela zehntausende neuer Arbeitsplätze schaffen und die daniederliegende kubanische Wirtschaft beleben dürfte.

Venezuela bewahrt Castros Kuba vor der Isolation

In konservativen Kreisen, die es nicht gern sehen, dass Kuba aus der Isolation heraustritt, stößt die „strategische Achse“ Caracas-Havanna zwar auf Kritik, aber in den sozialen Bewegungen Lateinamerika werden die gesundheitspolitischen Aktivitäten beider Länder mit größtem Interesse verfolgt. Der beiderseitige Austausch ist ein gutes Beispiel für „fairen“ Handel: Jedes Land liefert, wofür es die besten Produktionsvoraussetzungen hat, und erhält als Gegenleistung, was es braucht, und zwar unabhängig vom Weltmarktpreis. Dieser Ansatz steht in prononciertem Gegensatz zu den bilateralen Abkommen, die Washington mit verschiedenen Ländern der Region – mit den Staaten Mittelamerikas, mit Chile, Uruguay, Peru und bald auch Kolumbien – unterzeichnet. Diese Abkommen vergrößern in der Tat nur die bestehende Ungleichheit und festigen die strukturelle Vormachtstellung der Vereinigten Staaten.

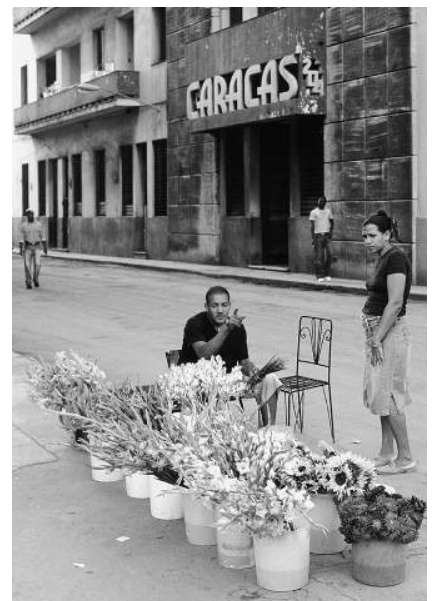
Noch vor seinem Amtsantritt am 22. Januar dieses Jahres besuchte Boliviens Staatspräsident Evo Morales neben anderen Ländern zunächst Havanna und Caracas, was auf einen baldigen Beitritt Boliviens zur Alba hindeutet. Havanna sagte bereits zu, die Augenoperationen gegen den grauen Star auch Bolivianern anzubieten, während Caracas die Ausgabe von Personalausweisen an alle Einwohner Boliviens finanzieren will. Im Rahmen des kürzlich unterzeichneten Petro-Caribe-Abkommens will Venezuela elf Länder des karibischen Raums zu reduzierten Preisen und günstigen Zahlungsbedingungen mit Erdöl beliefern. Die Initiative der Chávez-Regierung schützt die Länder der Region zum einen vor den Preissteigerungen auf dem internationalen Erdölmarkt, zum andern zumindest partiell vor dem Druck Washingtons, das auf bilaterale Handelsabkommen drängt. Ob die Alba ein Erfolg wird, lässt sich schwer abschätzen. Fest steht jedoch, dass die Initiative das bei weitem ehrgeizigste Projekt für eine regionale Integration darstellt, die sich der Logik des Markts entzieht. Der Einigungsversuch müsste auch Argentinien, Brasilien und Uruguay einbeziehen, wahrscheinlich auch Mexiko und vielleicht sogar Peru. Doch die Wirtschaft dieser Länder ist von multinationalen Konzernen beherrscht, die mehr an ihren Exporten in die Vereinigten Staaten und nach Europa interessiert sind als an einem Integrationsmodell, das ihre Ausfuhrmärkte beeinträchtigen könnte. Die Regierungen dieser Staaten konnten sich nicht einmal im Rahmen der weit weniger ambitionierten Ziele des Mercosur zu Fortschritten durchrin-

gen. Man denke nur an die zahlreichen Konflikte mit den Arbeitgeberverbänden Brasiliens und Argentinien, die den Integrationsprozess zu hintertreiben suchen. Eine erfolgreiche Umsetzung der Alba setzt aber voraus, dass die beteiligten Regierungen zu tiefgreifenden Strukturformen bereit sind, die für die gesamte Wirtschaft ihres Landes verbindlich sein müssen. In einer Zeit, in der die politische Lage in Lateinamerika der Linken so günstig ist wie seit Mitte des vorigen Jahrhunderts nicht mehr, setzt die Alba auf eine strategische Allianz zwischen den Ländern der Region. Als weitere Initiativen in diese Richtung seien die Erdölvereinigung Petrosur und der gemeinsame Satellitensender Telesur genannt. Sie alle verfolgen das Ziel, die schwächeren Mitglieder zu stärken und

den Zusammenhalt der regionalen Wirtschaft zu festigen.

¹ Als assoziierte Mitglieder traten 1996 Bolivien und Chile, 2003 Peru und 2004 Kolumbien, Ecuador und Venezuela bei.
² Die Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen umfasst Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Surinam, Uruguay und Venezuela.
³ Dieser Plan zielt auf die optimale Koordination der Kräfte beider Länder im Hinblick auf „Rationalisierung, Ausnutzung der jeweiligen Vorteile, sparsamen Ressourcenverbrauch, Schaffung nützlicher Arbeitsplätze, Marktzugang“ und anderes mehr.

Aus dem Französischen von Bodo Schulte
Emir Sader ist Professor für Soziologie an den Universitäten von Rio de Janeiro und São Paulo. Auf Deutsch erschien von ihm zuletzt „Keine Angst vor besseren Zeiten. Lula, die PT und Brasilien“, Karlsruhe (Neuer ISP Verlag) 2001.



Caracas in Havanna, Kuba ERIK-JAN OUIWERKERK